

# Globalisierungskritik neu denken

Aktualisiertes Positionspapier von Attac Deutschland

Stand: 05.03.2023

## Inhaltsverzeichnis

Prolog.....	2
Globalisierung heute.....	3
Alles wird zur Ware.....	3
Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt, auch wenn einzelne Staaten den Aufstieg schaffen.....	4
Soziale Ungleichheit nimmt auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften zu.....	4
Die Gewalt der Globalisierung.....	5
Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten .....	5
Die Krise der neoliberalen Globalisierung.....	6
Abkehr vom Neoliberalismus?.....	6
Eine andere Globalisierung ist möglich .....	6
Themenfelder.....	7
1. Internationale Finanzmärkte regulieren – das Finanzcasino schließen! .....	7
1.1. Was ist das Problem?.....	7
1.2. Was will Attac?.....	8
1.3. Wie erreichen wir es?.....	8
Finanzmärkte regulieren.....	8
Kredite für soziale und ökologische Projekte.....	9
Schulden streichen.....	9
International handeln.....	9
2. Handelspolitik und Menschenrechte .....	9
2.1. Was ist das Problem?.....	9
2.2. Was will Attac?.....	11
2.3. Wie erreichen wir das?.....	11
3. Gegen Privatisierung - das Öffentliche stärken.....	11
3.1. Was ist das Problem?.....	11
3.2. Was wäre besser?.....	12
3.3. Wie erreichen wir es?.....	12
Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und Wohnungsunternehmen vorantreiben.....	12
Ökonomisierung im Gesundheitswesen zurückdrängen .....	12
Gute öffentliche Bildung ausbauen und digitale Teilhabe gewährleisten.....	12
Die Deutschen Bahn demokratisieren, nicht privatisieren.....	13
Investitionsschutzabkommen und Handelsabkommen, die Vergesellschaftung verhindern oder Marktöffnungen erzwingen, abschaffen.....	13
Leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst.....	13
4. Krieg und Militarisierung.....	13
4.1. Was ist das Problem?.....	13
4.2. Was will Attac?.....	14
4.3. Wie erreichen wir das?.....	14
Zivile Konfliktlösung.....	14
Globalisierung entmilitarisieren .....	14
Globale Abrüstung.....	15
5. Soziale Sicherheit für alle.....	15

5.1. Was ist das Problem?.....	15
5.2. Was will Attac?.....	16
5.3. Wie erreichen wir es?.....	16
Solidarische Bürgerversicherung.....	16
Soziale Grundsicherung.....	16
Solidarische Städte.....	17
6. Flucht/Migration.....	17
6.1. Was ist das Problem?.....	17
6.1. Was will Attac?.....	18
6.3. Wie erreichen wir das?.....	18
7. Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen.....	18
7.1. Was ist das Problem?.....	18
7.2. Was will Attac?.....	19
7.3. Wie erreichen wir das?.....	19
Ökologische Regulierung der Märkte.....	19
Anders wirtschaften und konsumieren.....	19
Energieverbrauch senken. Energieverteilung demokratisieren.....	19
Klimafreundliche Mobilität für alle.....	20
8. Demokratie.....	20
8.1. Was ist das Problem?.....	20
8.2. Was will Attac?.....	21
8.3. Wie erreichen wir das?.....	21
9. Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus.....	21
9.1. Was ist das Problem?.....	22
9.2. Was will Attac?.....	22
9.3. Wie erreichen wir das?.....	22
Epilog.....	23
Eine andere Welt ist nötig und möglich.....	23

## 4 Prolog

5 Wir, Mensch und Natur, befinden uns in einer vielfachen, vom Menschen verursachten Krise. Ob  
6 drohender Klimakollaps und fortschreitende Naturzerstörung, weltweit wachsende soziale  
7 Ungleichheit, Finanz- und Wirtschaftskrisen, Pandemien, das Erstarken rechter Ideologien,  
8 kriegerische Auseinandersetzungen auf nationaler und internationaler Ebene - wir leben in Zeiten  
9 großer Unsicherheit durch vielfältig miteinander verwobene Krisen. Menschen, die am wenigsten  
10 zu den Krisen beigetragen haben, sind oft am stärksten von ihnen betroffen und besitzen am  
11 wenigsten Mittel, um sich vor ihren Folgen schützen zu können. Sie müssen um ihre Existenz  
12 bangen, in Teilen der Welt sind sie längst all ihrer Lebensgrundlagen beraubt und auf der Flucht.

13 Wir sind mit dem Resultat einer profitgetriebenen Globalisierung konfrontiert, die die Zerstörung  
14 der Welt billigend in Kauf nimmt.

15 Doch es gibt auch das Andere. Menschen, die nach dem Guten Leben für Alle streben, die der  
16 neoliberalen Globalisierung eine Globalisierung von unten entgegensetzen. Sie findet ihren  
17 Ausdruck in solidarischem Handeln und der nationalen und internationalen Vernetzung sozialer  
18 Bewegungen, der Klimagerechtigkeitsbewegung, den Bewegungen für gerechten Welthandel und  
19 für Ernährungssouveränität, Menschenrechtsaktivist\*innen, queer-feministischen Bewegungen und  
20 vielen anderen. Gemeinsam sind wir widerständig und setzen angeblich alternativlosen Wirtschafts-  
21 und Lebensweisen konkrete Alternativen entgegen.

22

## 23 **Globalisierung heute**

24 Die Welt ist heute global vernetzt: Die Produktion von Waren und Dienstleistungen ist  
25 weltumspannend organisiert, die Digitalisierung hat die Infrastruktur dafür geschaffen und  
26 gleichzeitig die Möglichkeiten zum kulturellen Austausch vervielfacht. Doch die bisherige  
27 Globalisierung geschieht auf Kosten von Umwelt und Menschenrechten. Produktions- und  
28 Lieferketten werden auf Profit optimiert, statt jedem Menschen ein Leben in Würde zu  
29 ermöglichen. Raubbau zerstört die Natur. Statt demokratischer Selbstbestimmung globalisiert sich  
30 das Gefühl der Ohnmacht gegenüber ökonomischen Zwängen und transnationalen Konzernen.

31 Der bedingungslose Vorrang für den Profit hat global wie in den einzelnen Ländern zu einer immer  
32 schwindelerregenderen, obszönen Ungleichheit geführt. Extreme Armut, Hunger und vermeidbare  
33 Krankheiten sind immer noch weit verbreitet. Die bisherige Globalisierung basiert auch auf der  
34 Ungleichheit der Geschlechter. Konzerne und Staaten greifen auf eine lange Tradition männlich  
35 dominierter Gesellschaften zurück, die FLINTA\*s weiterhin benachteiligen und diskriminieren. Die  
36 Globalisierung verbreitet Naturzerstörung über den gesamten Planeten und ignoriert gleichzeitig die  
37 ökologischen Folgen des Strebens nach grenzenlosem Wachstum, das auf einer begrenzten Erde  
38 schlicht nicht möglich ist. Wirtschaftskrisen, Kriege und Naturkatastrophen häufen sich. Die  
39 Globalisierung ist in einer vielfachen Krise.

### 40 ***Alles wird zur Ware***

41 Mit der neoliberalen Globalisierung hat sich der Kapitalismus weltweit als dominante  
42 Wirtschaftsweise durchgesetzt. Die Konkurrenz um Rohstoffe, billige Arbeit und Absatzmärkte  
43 treibt ihn an. Profitmaximierung ist das Ziel. Staaten versuchen in der globalen Konkurrenz ihre  
44 Macht auszuweiten, um die Interessen „ihrer“ Unternehmen durchzusetzen. Konzerne versuchen  
45 ihre Marktmacht zu sichern und zu erweitern. Staaten machen die Steigerung der Profite zu ihrem  
46 ureigensten Anliegen: Löhne werden gedrückt und Arbeitsbedingungen verschlechtert, öffentliche  
47 Dienstleistungen privatisiert, Rohstoffe ausgebeutet und, z.B. mittels Freihandelsabkommen, offene  
48 Märkte hergestellt.

49 Das Versprechen der neoliberalen Globalisierung lautet: Je mehr Markt es gibt und je mehr sich die  
50 Staaten lediglich um die Rahmenbedingungen wie ein günstiges Investitionsklima kümmern, desto  
51 besser funktioniert die Wirtschaft und desto höher ist der allgemeine Wohlstand. Es sollen nicht nur  
52 Konsumgüter auf Märkten gehandelt werden, sondern auch Gesundheit, Bildung, das Recht die  
53 Umwelt zu zerstören und vieles mehr. Die Digitalisierung heizt die Globalisierung weiter an. Sie  
54 ermöglicht Kommunikation in Echtzeit und eine immer weitere globale Arbeitsteilung. Sie hat dazu  
55 beigetragen, dass sich eine Plattformökonomie herausgebildet hat, durch die Konzerne, die über die  
56 Kommunikations- und Vertriebsplattformen verfügen immer besser in der Lage sind, ihre  
57 wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen.

58 Das Nachsehen hat die überwiegende Zahl der abhängig Beschäftigten und kleinen Selbstständigen.  
59 Für viele verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen und ihre Rechte werden beschnitten, während  
60 Teile der Erwerbstätigen von der Entwicklung profitieren. Ausgaben- und Leistungskürzungen des  
61 Staates bedeuten z.B., dass für viele Betreuungs- und Gesundheitsdienstleistungen oder  
62 Bildungsangebote selbst bezahlt werden müssen. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.  
63 FLINTA\*s sind von den staatlichen Ausgabenkürzungen mehr betroffen als Männer, da die  
64 traditionell schlecht oder gar nicht bezahlte Betreuung, Fürsorge und Pflege vornehmlich von ihnen  
65 geleistet wird. Der Staat verlässt sich darauf, dass FLINTA\*s durch unbezahlte Arbeit fehlende  
66 öffentliche Dienstleistungen ersetzen.

67 Diese neoliberale Politik wird als alternativlos dargestellt. Der Markt diktiert der Politik ihr  
68 Handeln – in demokratischen und in autoritären Staaten. Märkte sind die zentralen  
69 gesellschaftlichen Räume, in denen sich die Menschen aufeinander beziehen. Jeder Fleck der Erde  
70 soll einbezogen werden, keine Gesellschaft und kein gesellschaftlicher Bereich außen vor bleiben:  
71 Die ganze Welt soll zur Ware werden – bis hin zum Körper beispielsweise über die Ausdehnung von  
72 Sextourismus, Frauenhandel und Leihmuttertschaft.

### 73 ***Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt, auch wenn*** 74 ***einzelne Staaten den Aufstieg schaffen***

75 Die Spaltung der Welt in Globalen Norden und Globalen Süden wird durch die neoliberale  
76 Globalisierung fortgesetzt. Daran hat auch der Aufstieg Chinas zu einem zentralen ökonomischen  
77 Akteur nichts Wesentliches geändert. China reiht sich ein in die Reihe mächtiger kapitalistischen  
78 Staaten, die andere Gesellschaften ausbeuten. Das neoliberale Freihandels- und  
79 Investitionsschutzregime hat koloniale Abhängigkeiten in postkoloniale transferiert. Den meisten  
80 Staaten des Globalen Südens wurde diese Wirtschaftsweise aufgezwungen. Von dem Internationalen  
81 Währungsfonds und der Weltbank im Rahmen der Schuldenkrise, über die WTO (World Trade  
82 Organisation), die z.B. die Freigabe von Patenten verhindert, und über bilaterale Handelsverträge.  
83 Profitinteressen werden auf Kosten von Demokratie, Umwelt und Menschenrechten durchgesetzt.  
84 Westliche Konzerne nutzen die niedrigen Löhne und Umweltauflagen in Asien und anderen  
85 Kontinenten. Inzwischen sind chinesische Konzerne ihnen dabei nachgefolgt. Die Länder des  
86 Globalen Südens sind in die Lieferketten integriert als Rohstofflieferanten, billige Werkbänke und  
87 Lieferanten günstiger Arbeitskraft.

88 Mächtige Staaten wie die USA und China sichern den Prozess der Durchsetzung des globalen  
89 Kapitalismus politisch ab, unter anderem über internationale Organisationen und Verträge, aber  
90 auch über die Förderung von Direktinvestitionen. Gleichzeitig konkurrieren sie um die  
91 Vorherrschaft auf den internationalen Märkten und um den Zugriff auf natürliche Ressourcen. Die  
92 EU, Russland, Indien und auch die anderen BRICS-Staaten versuchen, mit ihren Möglichkeiten  
93 das globalisierte Wirtschaftssystem mehr multipolar zu prägen.

94 Während die USA und die Staaten in der EU stärker neoliberal verfasst sind und ihre  
95 Wirtschaftspolitik vor allem darauf ausrichten, die Rahmenbedingungen für „ihre“ Unternehmen zu  
96 verbessern, greifen staatskapitalistische Staaten wie China stärker direkt in die Wirtschaft ein. Dabei  
97 handelt es sich allerdings nicht um eine Konkurrenz der Systeme, sondern um eine Konkurrenz im  
98 System globaler Kapitalismus.

99 Den Ländern des Globalen Südens fehlen vor allem durch das Freihandelsregime die politischen  
100 Instrumente, die eine eigenständige ökonomische Entwicklung ermöglichen könnten, zumal vielen  
101 Süd-Ländern nicht zuletzt von der EU die Öffnung ihrer eigenen Märkte aufgezwungen wurde,  
102 während der Norden seine Märkte nur öffnet, wenn es seinen Interessen entspricht. In vielen  
103 Ländern ist die wirtschaftliche Situation deshalb so aussichtslos, dass Menschen zu Flucht und  
104 Migration gezwungen sind.

105 ***Soziale Ungleichheit nimmt auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften zu***  
106 Gleichzeitig hat sich die Ungleichheit innerhalb der nationalen Gesellschaften vertieft. Es gibt  
107 diejenigen, die zu wenig zum Leben haben, und diejenigen, die über riesige Vermögen verfügen.  
108 Das Versprechen gleicher Chancen für alle Menschen hat sich als neoliberaler Schein herausgestellt.  
109 Menschen werden in soziale Verhältnisse hinein geboren und verfügen damit über unterschiedliche  
110 Zugänge zu ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital. Sie haben ein Geschlecht, eine

111 Hautfarbe und einen Pass. All dies beeinflusst sehr wesentlich den Platz, den sie in der Hierarchie  
112 der globalen Gesellschaft einnehmen. Kapital darf sich frei bewegen, die Menschen nicht. Viele  
113 sehen sich gezwungen, prekäre Arbeiten anzunehmen, sei es in den Weltmarktfabriken oder als  
114 Care-Arbeiterinnen in den Städten des Globalen Nordens. Besonders für FLINTA\*s gehen die  
115 gewonnenen Freiheiten mit neuen wirtschaftlichen Abhängigkeiten einher.

116 Die globalen Finanzmärkte sind in den letzten Jahrzehnten immer weiter aufgebläht worden, um  
117 Anlagemöglichkeiten für die immer riesigeren Vermögen zu schaffen. In Reaktion auf deren Krise  
118 wurde eine gigantische Umverteilung von den öffentlichen Haushalten, also den  
119 Steuerzahler\*innen, aber auch jenen, die auf öffentliche Leistungen angewiesen sind, zu reinen  
120 Finanzunternehmen und ihren superreichen Nutznießer\*innen betrieben.

### 121 **Die Gewalt der Globalisierung**

122 Gerade für die Länder des Globalen Südens bedeutet die Globalisierung Gewalt. Den  
123 aufgezwungenen „Strukturanpassungsprogrammen“ von IWF und Weltbank sind, insofern sie  
124 regelmäßig drastische Einsparungen bei den Gesundheits-, aber auch den Bildungssystemen  
125 vorsahen, unzählige Menschen zum Opfer gefallen. Dasselbe gilt angesichts des Patentschutzes  
126 etwa für AIDS-Medikamente und Corona-Impfstoffe.

127 Angesichts der immer stärker ausgeweiteten Handlungsfreiheit international tätiger Investor\*innen  
128 und Unternehmen ist der Alltag in weiten Teilen der Staaten des Globalen Südens geprägt von  
129 Landraub, Vertreibung, Verletzung der Menschenrechte Indigener und großflächiger Zerstörung  
130 ökologischer Lebensgrundlagen. Dies alles bei Straflosigkeit für darin verwickelte transnationale  
131 Konzerne. In manchen Staaten gibt es Kinderarbeit und Sklaverei. Jeglicher Arbeitsschutz wird  
132 verweigert. Die Ermordung von Gewerkschafter\*innen und Menschenrechtsverteidiger\*innen sind  
133 an der Tagesordnung.

134 All dies ist heute integraler Bestandteil unserer inzwischen weltweit vernetzten Produktion. Für uns  
135 hier in den Ländern des Globalen Nordens bedeutet dies umgekehrt, dass unsere Gesellschaft, unser  
136 Leben mit diesen Gewaltverhältnissen aufs Engste verwoben sind. Das ist das Werk der  
137 neoliberalen Globalisierung.

138 Geschlechtsspezifische Diskriminierung beinhaltet oft auch körperliche Gewalt und die  
139 Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts, beispielsweise durch das Verbot von Abtreibungen.  
140 Extremer Ausdruck patriarchaler Gewalt sind Femizide, also die Tötung von FLINTA\*s.

141 Und wie immer in Krisenzeiten steigt die Zahl der Kriege. Selbst der Einsatz von Atomwaffen wird  
142 wieder denkbar.

### 143 **Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten**

144 Durch die durch Wachstumszwang getriebene Globalisierung sind auch der Gewalt gegen die Natur  
145 und den Planeten immer weniger Grenzen gesetzt. Im Zuge der Vermarktlichung der Welt wird also  
146 die Ausbeutung der Natur zusätzlich legitimiert und ihre Zerstörung achselzuckend in Kauf  
147 genommen.

148 Vor über fünfzig Jahren wurden vom Club of Rome die „Grenzen des Wachstums“ aufgezeigt. Sie  
149 ergeben sich aus der Endlichkeit nicht erneuerbarer Ressourcen und der nur begrenzten  
150 Belastbarkeit ökologischer, geologischer und klimatischer Kreisläufe. Die planetaren Grenzen des  
151 kapitalistischen Wachstums werden deutlich und sind durch den neoliberal angeheizten Raubbau an  
152 der Natur längst in Sichtweite oder schon überschritten.

153 Die daraus resultierende Klimakatastrophe droht unzählige Menschenleben zu fordern. Zudem  
154 droht ein gigantisches Artensterben, das für den Menschen ähnlich große Auswirkungen haben  
155 kann.

### 156 **Die Krise der neoliberalen Globalisierung**

157 Attac wurde in der Hochphase der neoliberalen Globalisierung gegründet. Seither hat sich einiges  
158 verändert. China ist der Aufstieg von seiner Rolle als Werkbank zum mächtigen globalen Akteur,  
159 von dem andere Staaten abhängig sind, gelungen. Konzerne, die über digitale Kommunikations-  
160 und Vertriebsplattformen verfügen haben an Einfluss gewonnen und nehmen zentrale Positionen in  
161 den globalen Wertschöpfungsketten ein. Der Kapitalismus hat sich in seiner staatlichen Verfasstheit  
162 diversifiziert. Neben neoliberalen, stärker demokratisch verfassten Varianten tritt er auch in Form  
163 staatskapitalistischer autoritärer Systeme auf.

164 Heute sind die Probleme der neoliberalen Globalisierung offensichtlich. Durch die wiederkehrenden  
165 Finanzkrisen hat die neoliberale Ideologie an Glaubwürdigkeit verloren. Von der Klimabewegung  
166 und den schieren, klimabedingten Katastrophen unter Druck gesetzt, fällt inzwischen auch den  
167 ewigen Prediger\*innen des „Freihandels“ auf, dass ihr neoliberaler Marktradikalismus eine  
168 wirksame Klimapolitik behindert. Es wird deutlich, wie stark die neoliberale Politik nicht nur die  
169 Krisen verschärft hat, sondern auch der Gesellschaft den demokratischen Handlungsspielraum  
170 nimmt, angemessen zu reagieren. Demokratie wird zugunsten von ökonomischen Interessen  
171 abgebaut, zum Beispiel durch die Freihandelsabkommen. Entsprechend gilt auch: Extreme soziale  
172 Ungleichheit, wie sie durch die neoliberale Globalisierung gefördert und hervorgebracht wird,  
173 destabilisiert Demokratien, und tatsächlich sind praktisch alle Demokratien heute in einer Krise.  
174 Der Politik wird mit steigendem Misstrauen begegnet. Das ist gut, wenn es mit der Forderung nach  
175 Demokratisierung verbunden ist, und verheerend, wenn es mit dem Ruf nach autoritären Lösungen  
176 einhergeht. Rechtspopulistische und rechtsextremistische Bewegungen nutzen die Krise, um ihre  
177 autoritäre Politik durchzusetzen.

### 178 **Abkehr vom Neoliberalismus?**

179 Es wird immer offensichtlicher, dass der Markt grundlegende wirtschaftliche und gesellschaftliche  
180 Probleme nicht lösen kann. Staatliche Interventionen, beispielsweise um soziale Auswirkungen  
181 abzumildern und Umweltschäden zu begrenzen, gewinnen an Bedeutung. Die Regierungen sehen  
182 sich hierzu gezwungen, um die Folgen abzumildern und auch um soziale Proteste einzuhegen.

183 Bei genauerem Hinsehen ist die Antwort auf die Krise der neoliberalen Globalisierung in erster  
184 Linie ein Weiter-So: Rohstoff- und Infrastrukturprojekte werden weiterhin bei uns und in den  
185 Ländern des Globalen Südens ohne Rücksichtnahme auf Menschenrechte durchgesetzt.  
186 Privatisierungen werden forciert und sogenannte „moderne“ Freihandelsverträge abgeschlossen, die  
187 demokratische Kontrollmechanismen umgehen. Staatlich gefördertes grünes Wachstum und  
188 markkonforme Anreize zur Steigerung der Nutzung erneuerbarer Energien werden als Lösung der  
189 Klimakrise propagiert, obwohl längst alle wissen, dass der profitorientierten Globalisierung  
190 planetare Grenzen gesetzt sind, die ein weiteres globales Wachstum untragbar machen.

### 191 **Eine andere Globalisierung ist möglich**

192 Eine soziale und ökologische Transformation macht eine Abwicklung der neoliberalen  
193 Wirtschaftsordnung nötig. Die Rückkehr zum abgeschotteten Nationalstaat ist keine Alternative. Es  
194 braucht internationale Zusammenarbeit zur Lösung der Menschheitsprobleme wie Naturzerstörung,  
195 Menschenrechtsverletzung und Krieg.

196 Die zunehmende soziale Ungleichheit und fortschreitende Naturzerstörung führen dazu, dass die  
197 bestehenden Wirtschaftsweisen weltweit infrage gestellt werden. Eine demokratische und gerechte  
198 Globalisierung jenseits der kapitalistischen Profit- und Wachstumslogik ist nötig, um der  
199 Klimakrise zu begegnen und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

200 Menschen streiten mit Protesten, Streiks und Aktionen zivilen Ungehorsams für einen gerechten  
201 Welthandel, für Klimagerechtigkeit und gleiche Rechte für alle. Sie wehren sich gegen koloniale  
202 Kontinuitäten, soziale Ungleichheit, Ausbeutung, Krieg und geschlechtsspezifische Unterdrückung.  
203 Attac ist ein Teil dieser Bewegungen und kämpft für globale soziale Rechte für alle statt Reichtum  
204 für wenige: für eine gerechte Globalisierung von unten.

## 205 **Themenfelder**

### 206 **1. Internationale Finanzmärkte regulieren – das Finanzcasino** 207 **schließen!**

208 Die internationalen Finanzmärkte haben einen enormen Einfluss auf unser tägliches Leben, auch  
209 wenn wir dies nicht immer direkt wahrnehmen. Die Regulierung dieser Märkte ist ein zentrales  
210 Anliegen von Attac seit seiner Gründung.

#### 211 **1.1. Was ist das Problem?**

212 Handel über die nationalen Grenzen hinweg ist schon immer davon begleitet, dass Geld auch  
213 international verrechnet, getauscht und als Kapital angelegt wird. Mit der wachsenden Bedeutung  
214 des transnationalen Handels wurde es immer wichtiger, diese Aktivitäten zu regeln. Bis in das letzte  
215 Viertel des 20. Jahrhunderts war dies vor allem Aufgabe der Staaten und internationaler Abkommen  
216 (Bretton Woods). Ab den 1980er Jahren wuchs mit der zunehmend ungleichen Reichtumsverteilung  
217 das Volumen an anlagesuchendem Kapital. Um es anzulocken, wurde die Kontrolle von  
218 grenzüberschreitenden Kapitaltransfers in vielen Ländern aufgehoben und Handelsbeschränkungen  
219 für Finanzanlagen abgebaut. Gleichzeitig entstanden immer neue Finanzanlagen. Währungen,  
220 Finanzanlagen sowie Unternehmensbeteiligungen und sogar Renten- und Sozialversicherungsfonds  
221 wurden immer mehr zu handelbaren Waren und Objekten der Spekulation. Die Folge:  
222 Krisenabstände verkürzten sich und Krisen wurden immer einschneidender. Die Auswirkungen der  
223 Krisen beschränken sich nicht auf den Finanzbereich, sondern betreffen auch die Produktion von  
224 Gütern und Dienstleistungen. Sie stürzen ganze Ökonomien ins Chaos und verschärfen in den  
225 betroffenen Ländern die Armut und können Hungerkrisen auslösen.

226 Trotz Dotcom-Krise 2000, Finanzmarktkrise 2007 und Eurokrise 2010 konnten die Profiteur\*innen  
227 umfassende Regulierungen der Finanzmärkte verhindern. Die Instabilität der globalen  
228 Finanzmärkte hält weiter an. Dazu tragen auch die Versuche neuer Finanzmarktakteur\*innen bei,  
229 unter dem Schlagwort „dezentrale Finanzmärkte (DeFi)“ Kreditvergaben, Investitionen in  
230 Kryptowährungen und andere Finanztransaktionen abseits des Banken- und  
231 Börsensystems einzuführen. Darüber hinaus versuchen Kapitalmarktakteur\*innen im Rahmen von  
232 „Grünen Investments“ neue Anlagemöglichkeiten durch Zugriff auf natürliche Ressourcen wie  
233 Wasser zu erschließen und diese zu privatisieren, verbunden mit der Risikoabsicherung durch  
234 staatliche Profitgarantien. Auch Renten- und Sozialsystem sowie öffentliche Dienstleistungen sind  
235 in ihrem Fokus. Es gibt kaum einen gesellschaftlichen Bereich, den sie nicht ihrer Profitlogik  
236 unterwerfen wollen.

237 Profite auf den Finanzmärkten kommen nur wenigen zugute, aber Rettungsaktionen für in  
238 Schwierigkeiten geratene Banken und Versicherungen müssen über Steuern von allen bezahlt  
239 werden. Globale Finanzmärkte gleichen heute einem Casino, in dem mit Aktien, Krediten,  
240 Wechselkursen und lebenswichtigen Gütern wie beispielsweise Weizen spekuliert wird.

241 Im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus wird die gesamte Ökonomie in erheblichem Maß von den  
242 Interessen der Akteur\*innen auf den Finanzmärkten bestimmt. Insbesondere dominieren große  
243 private Investmentgesellschaften (z.B. Blackrock, Allianz Global Investors Fund) und Staatsfonds  
244 (Norwegen, Saudi-Arabien) über ihre Anlagestrategien immer mehr die Investitionsentscheidungen  
245 der Wirtschaft.

246 Im Kontext der Corona-Pandemie und der Klimakrise hat sich die Verschuldungssituation in  
247 Ländern des Globalen Südens weiter verschärft. Auch der russische Angriffskrieg gegen die  
248 Ukraine heizt die weltweite Überschuldungsproblematik weiter an.

249 Viele Ländern sind kritisch verschuldet. Abgesehen von unzureichenden multilateralen und  
250 bilaterale Krisenfinanzierungen können Zahlungseinstellungen oft nur vermieden werden, weil die  
251 verschuldeten Staaten strikte Sparmaßnahmen einleiten. Inmitten der Krise 2020 – 2022 kürzten  
252 fast 100 Niedrig- und Mitteleinkommensländer die öffentlichen Ausgaben im eigenen Land,  
253 Zukunftsinvestitionen, z.B. in Bildung und Infrastruktur, fielen weg. Damit wurden die  
254 Krisenkosten einseitig der Bevölkerung der Schuldnerstaaten aufgebürdet. Auch die Folgen der  
255 Klimakrise beeinflussen die Verschuldungssituation vieler Staaten im Globalen Süden dramatisch.

## 256 **1.2. Was will Attac?**

257 Geld und Geldderivate müssen den Börsen als Spekulationsobjekte entzogen werden. Geld muss  
258 den einfachen Austausch von Gütern und Dienstleistungen ermöglichen und als  
259 Wertaufbewahrungsmittel dienen. Geld, auch in digitaler Form, als Zahlungsmittel zur Verfügung  
260 zu stellen, ist Aufgabe der Gesellschaft und darf nicht Privaten überlassen werden, die damit Profite  
261 machen wollen und Krisen produzieren.

262 Ein stabiles Geld- und Finanzsystem ist ein öffentliches Gut. Unregulierte Finanzbereiche,  
263 Schattenbanken, private Währungen oder ähnliches darf es deshalb nicht geben.

264 Kredite sollen die Erstellung von Waren und Dienstleistungen ermöglichen, um menschliche  
265 Bedürfnisse zu befriedigen. Ihr primäres Ziel darf nicht die Gewinnerzielung sein und sie dürfen  
266 nicht dazu führen, das einzelne Menschen oder sogar ganze Länder in die Abhängigkeit ihrer  
267 Gläubiger\*innen fallen.

## 268 **1.3. Wie erreichen wir es?**

### 269 ***Finanzmärkte regulieren***

270 Die Finanzmärkte, einschließlich der Wertpapier- und Derivatemärkte, sowie Banken und anderer  
271 Finanzinstitutionen, müssen drastisch geschrumpft werden, unter anderem durch das Verbot  
272 bestimmter Finanzanlagen, des computergenerierten Highspeedhandels und mit der Einführung  
273 einer umfassenden Finanztransaktionssteuer. Eine Finanztransaktionssteuer, die auf alle Formen des  
274 Handels mit Finanzpapieren abzielt und so neben dem Aktienhandel auch Anleihen und vor allem  
275 Derivate erfasst, würde einen spürbaren Beitrag zur gerechteren Besteuerung und zur Finanzierung  
276 des Gemeinwesens leisten und hätte gleichzeitig wichtige Stabilisierungseffekte für die Wirtschaft.  
277 Sie könnte die schädlichen Entwicklungen auf den Finanzmärkten dämpfen und diese schrumpfen  
278 helfen. Sie würde die Entschleunigung des Handels und die Rückführung des Handelsvolumens



279 speziell von Derivaten bewirken. Die Einnahmen aus der Steuer sollen dazu dienen, Entwicklung zu  
280 ermöglichen und Armut zu bekämpfen und damit die Sustainable Development Goals der Vereinten  
281 Nationen umzusetzen.

### 282 **Kredite für soziale und ökologische Projekte**

283 Die Vergabe von Krediten soll sich danach orientieren, soziale und ökologische Produktion zu  
284 fördern. Schulden, Kapital, Geld und Kredite sollen dorthin gesteuert werden, wo sie nachhaltig den  
285 ökologischen Notwendigkeiten und den sozialen Bedürfnissen dienen.

### 286 **Schulden streichen**

287 Die bisherigen Maßnahmen der G20-Staaten – das Schuldenmoratorium DSSI und  
288 Umschuldungsangebote wie das Common Framework for Debt Treatments beyond the DSSI -  
289 haben keine substantiellen Schuldenerlasse ermöglicht. Benötigt wird ein internationales,  
290 transparentes und faires Staateninsolvenzverfahren auf Ebene der Vereinten Nationen. Dabei ist  
291 darauf zu achten, dass die Entschuldungsmaßnahmen allen Menschen zu Gute kommen und nicht  
292 nur korrupten Eliten dienen. Die Bundesregierung hat sich nominell zu dieser Forderung im  
293 aktuellen Koalitionsvertrag bekannt, aber es liegt an der Zivilgesellschaft, den nötigen Druck  
294 aufzubauen, um dies wirklich in Angriff zu nehmen.

### 295 **International handeln**

296 Unter anderem durch den Abschluss von Investitionsschutzabkommen wurde das internationale  
297 Recht in den letzten Jahrzehnten dahingehend umgestaltet, dass Freiheit der Investor\*innen  
298 praktisch nicht eingeschränkt werden kann. Um das wieder zu ändern, bedarf es konzertierten  
299 internationalen Handelns.

## 300 **2. Handelspolitik und Menschenrechte**

301 Handel wird als Schöpfer von Reichtum und Wohlstand beschworen: Je grenzen- und  
302 hemmungsloser der Handel, desto größer der Reichtum. Die Vollendung des Handels wird darin  
303 gesehen, dass auf den Shetland-Inseln jeder Lammfleisch aus Neuseeland kaufen kann, während vor  
304 den Türen des Supermarktes Schafe grasen. Die permanente Verletzung der Rechte der Menschen  
305 und der Natur wird für den sogenannten "freien" Handel in Kauf genommen.

306 Für Attac stehen Menschenrechte nicht der Profit im Mittelpunkt des Wirtschaftens und Handels.

### 307 **2.1. Was ist das Problem?**

308 Der globale Handel verspricht Reichtum für viele, schafft aber nur viel Reichtum für wenige.  
309 Ohne Rücksicht auf Mensch und Natur „fahren“ auf den Handelsrouten dieser Welt Profite in  
310 die immer gleiche Richtung. In der anderen Richtung werden Gerechtigkeit und Schutz der  
311 Schwachen stark gebremst unter Missachtung jeglicher Grenzen ökologischer Verträglichkeit.  
312 Nach wie vor diktiert die Wachstumsrate mit dem BIP als Maßeinheit das Maß des Wohlstands.

313 Unterstützt und bewirkt wird dies durch ein Handelsregime auf Basis des Abkommens von  
314 Marrakesch zur Gründung der WTO am 15. April 1994. Dieses Regime, dem aktuell nur  
315 Staaten wie Nordkorea, Eritrea oder Kosovo nicht beigetreten sind, ist bewusst außerhalb der  
316 Vereinten Nationen installiert worden.

317 Es ist einseitig auf Handelsliberalisierung ausgerichtet und dadurch, dass die Staaten sich  
318 dessen Regeln unterwerfen, mit vergleichsweise mächtigen Durchsetzungsmechanismen

319 ausgestattet. Es kann in Länder hineinregieren, um Liberalisierungsverpflichtungen Geltung zu  
320 verleihen, von denen insbesondere transnationale Unternehmen (TNCs) profitieren.

321 Die starke Verbundenheit zu Demokratie und zu fundamentalen Rechten, wie sie in der  
322 Menschenrechtserklärung von 1948 niedergelegt sind, wird zwar stets beteuert, im Streitfall  
323 geraten jedoch Menschenrechte, soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Belange immer  
324 wieder unter die Räder. Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer\*innen werden in vielen Fällen  
325 schlichtweg ignoriert.

326 Handelsverträge – nicht zuletzt die von der EU geschlossenen wie CETA (ohne vollständige  
327 Ratifizierung vorläufig in Kraft gesetzt) – regeln nicht nur die Höhe von Zöllen, sondern sie  
328 legen darüber hinaus systematisch den Vorrang des Marktes fest, so dass politische Gestaltung  
329 höchstens als ausdrückliche „Ausnahme“ möglich ist. Dies gilt im Bereich der zuvor  
330 öffentlichen Dienstleistungen bis hin zur Wasser-, Energie- oder Gesundheitsversorgung, zur  
331 Bildung, zur Mobilität und der Schutzwirkung von Zöllen usw.

332 Aber auch Vorschriften zum Schutz von Arbeitnehmer\*innen entlang der globalen  
333 Wertschöpfungs- und Lieferketten, zum Schutz der Umwelt, zum Erhalt der Biodiversität, zum  
334 Schutz von Verbraucher\*innen usw. laufen Gefahr, als Handelshemmnisse eingestuft zu  
335 werden. Sie sind ständig davon bedroht, unter Berufung auf einen Handelsvertrag zu Fall  
336 gebracht zu werden. Dies nicht zuletzt deswegen, weil die WTO-Regeln einen  
337 Streitbeilegungsmechanismus vorschreiben, der Schiedsgerichte außerhalb der ordentlichen  
338 Gerichtsbarkeit vorsieht und installiert.

339 Schlimmer noch: Dort, wo bestehende Konventionen für alle sichtbar systematisch missachtet  
340 und verletzt oder Umwelt und Habitate irreversibel zerstört werden, gibt es für die Opfer nur  
341 begrenzte bis gar keine Möglichkeiten, die Verursachenden zur Verantwortung zu ziehen.

342 Auf der anderen Seite wird das „geistige Eigentum“ in Form von Patenten so strikt geschützt,  
343 dass Millionen AIDS- und Corona-Erkrankte im Globalen Süden keine Medikamente oder  
344 Impfungen erhielten und erhalten, während grenzüberschreitenden Investoren durch  
345 Investitionsschutzverträge umgekehrt sogar das Recht zugebilligt wird, unter Berufung auf  
346 negative Folgen eines demokratischen Gesetzes für ihre Investitionen milliardenschwere, aus  
347 Steuermitteln zu bezahlende Schadenersatzzahlungen zu erstreiten.

348 Der deregulierte „Markt“ setzt der Unternehmenskonzentration bis hin zur Monopolbildung  
349 keine wirksamen Grenzen, Wettbewerb findet auf immer größeren Skalen zwischen immer  
350 machtvolleren Strukturen statt, wer nicht mithält, bleibt auf der Strecke. Die globale  
351 Arbeitsteilung in der industriellen Fertigung hat erhebliche Ausmaße angenommen.  
352 Insbesondere lohnintensive Bereiche wurden und werden in Subunternehmen ausgelagert oder  
353 in Länder mit geringeren bis gänzlich fehlenden arbeitsrechtlichen Standards verlegt.  
354 Nebeneffekt dieser Atomisierung der Arbeitsprozesse ist, dass nahezu kein Unternehmen mehr  
355 in der Lage ist, sämtliche Komponenten eines Produktes selbst herzustellen. Gewollt oder  
356 ungewollt fehlende oder verknappte Komponenten können ganze Industrien lahmlegen und  
357 damit zum Hebel geopolitischer Auseinandersetzungen werden. Die Auswirkungen eines  
358 aktuell sich abzeichnenden "roll back" bei den globalen Lieferketten sind noch nicht  
359 abzusehen.

## 360 **2.2. Was will Attac?**

361 Die fatalen Folgen des global geltenden Handelsregimes bleiben selbst hartnäckigsten  
362 Befürwortenden nicht mehr verborgen. Selbst dem EU-Parlament sind sie inzwischen bekannt,  
363 nicht zuletzt aufgrund der Arbeit der „unbefristeten zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe“  
364 (OEIGWG):

365 Zurückgehend auf eine Initiative von Ecuador 2014 im Rahmen der UNO hat sich eine weltweite  
366 Allianz (Treaty Alliance) gebildet, die eine Umwandlung der freiwilligen Leitlinien der UNO  
367 (United Nations Guiding Principles on Business and Human Rights; UNGPs) in einen  
368 völkerrechtlich verbindlichen Vertrag ("Binding Treaty") fordert.

369 Wir begrüßen, dass Deutschland und andere Staaten auf zivilgesellschaftlichen Druck hin  
370 inzwischen „Lieferkettengesetze“ verabschiedet haben, die die Menschenrechte in jenen  
371 Lieferketten besser schützen sollen. Die EU muss hier durch eine deutlich ambitioniertere Richtlinie  
372 weiter vorangehen und auch die Wertschöpfungsketten in ihre Regulierungen einbeziehen.

## 373 **2.3. Wie erreichen wir das?**

374 Wir fordern die deutsche Regierung und die EU auf, sich der "Treaty Alliance" anzuschließen.  
375 Inzwischen ist offensichtlich, dass ein vollkommen deregulierter Markt Probleme nicht löst,  
376 sondern verursacht. Deshalb muss ein "Binding Treaty" für eine menschenrechtliche Regulierung  
377 der globalen Wirtschaft implementiert werden.

378 All jene Bestimmungen der WTO-Verträge sowie der bilateralen Handels- und  
379 Investitionsverträge – nicht zuletzt die der EU –, die dem Primat der Menschenwürde  
380 widersprechen und damit gegen das verpflichtende Völkerrecht verstoßen, müssen auf den  
381 Prüfstand gestellt werden. Die Nachhaltigkeitsziele der UNO (SDGs) sind als starke Prinzipien  
382 bei Streitigkeiten zu berücksichtigen. Den Streitbeilegungsmechanismus über undemokratische  
383 Schiedsgerichte lehnen wir ab.

## 384 **3. Gegen Privatisierung - das Öffentliche stärken**

385 "Privat vor Staat" ist eine der zentralen Botschaften neoliberaler Politik. Nur Reiche können sich  
386 einen Staat ohne soziale Leistungen und mit einer schlechten öffentlichen Infrastruktur leisten. Ein  
387 gutes Leben für alle braucht eine gesellschaftlich organisierte, gut funktionierende und allen  
388 zugängliche öffentliche Infrastruktur.

### 389 **3.1. Was ist das Problem?**

390 Ein wesentliches Element der neoliberalen Phase des Kapitalismus ist die Privatisierung  
391 öffentlicher Dienstleistungen und der Verkauf öffentlichen Vermögens. Wohnungen wurden  
392 teilweise zu Spottpreisen an Investor\*innen verkauft, ebenso wie Stadtwerke, Krankenhäuser,  
393 Verkehrsunternehmen und Schienennetze. Auch vor den Sozialversicherungssystemen wurde nicht  
394 Halt gemacht. Sogenannte Public-Private-Partnerships, bei denen die öffentliche Hand und Private  
395 gemeinsame Unternehmen betreiben oder sich die öffentliche Hand langfristig an private  
396 Unternehmen bindet, um Dienstleistungen zu erbringen, sind ebenfalls als Formen der  
397 Privatisierung zu sehen.

398 Begründet wurden die Privatisierungen mit der Ineffizienz der öffentlichen Dienste und der  
399 Notwendigkeit, über Verkäufe öffentlichen Vermögens Staatsschulden abzubauen. Tatsächlich ging  
400 es darum, Anlagemöglichkeiten für Vermögende zu schaffen, um Renditen zu erwirtschaften.  
401 Politisch verkauft wurden die Privatisierungen mit dem Versprechen, die Dienstleistungen würden

402 billiger und besser werden. Stattdessen kam es in ihrer Folge oft zu Verteuerungen und  
403 Leistungsabbau. Gelohnt haben sich die Privatisierungen vor allem für diejenigen, die ihr Kapital in  
404 den privatisierten Unternehmen angelegt haben. Aus ehemals öffentlichen Monopolen sind private  
405 entstanden, mit denen sich sicher Gewinn erzielen lässt. Investitionsschutzabkommen und  
406 Freihandelsverträge ebenso wie der Vertrag von Lissabon und EU-Richtlinien sichern die Profite  
407 von Privatisierungsgewinnern und erschweren Vergesellschaftung.

### 408 **3.2. Was wäre besser?**

409 Grundlegende Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung, digitale Teilhabe, Verkehr,  
410 Energie- und Wasserversorgung gehören in die öffentliche Hand und dürfen nicht dazu genutzt  
411 werden, Profite zu erzielen. Darüber hinaus kann die Vergesellschaftung von Unternehmen ein  
412 wesentliches Element bei der sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft sein. Öffentliche  
413 Unternehmen müssen aber stärker als in der Vergangenheit demokratisch gestaltet werden. Es reicht  
414 nicht aus, wenn politische Mandatsträger\*innen in den Aufsichtsräten sitzen. Diejenigen, die von  
415 ihren Dienstleistungen abhängig sind, also Mieter\*innen bei Wohnungsunternehmen,  
416 Stromabnehmer\*innen und Umwelt- und Sozialverbände bei den Stadtwerken und Patient\*innen im  
417 Gesundheitswesen müssen ebenso mitentscheiden können wie die Beschäftigten. Dafür müssen an  
418 die jeweiligen Betriebszwecke angepasste Gremien geschaffen werden, in denen alle Beteiligten  
419 gleichberechtigt die strategischen Entscheidungen für das Unternehmen treffen und keine der  
420 Gruppen allein die Mehrheit hat. Die Organisationen sollen nicht in dem Privatrecht unterliegenden  
421 Formen wie AG oder GmbH organisiert sein, sondern in öffentlich-rechtlicher Form wie  
422 beispielsweise der Anstalt des öffentlichen Rechts, um sie vor Privatisierung zu schützen.

### 423 **3.3. Wie erreichen wir es?**

#### 424 ***Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und*** 425 ***Wohnungsunternehmen vorantreiben***

426 An vielen Stellen hat sich Widerstand gegen Privatisierungsmaßnahmen entwickelt, vor allem auf  
427 der lokalen Ebene. Teilweise konnten Privatisierungen, vor allem im Bereich der Wasserversorgung,  
428 verhindert werden, und inzwischen werden sogar Stadtwerke rekommunalisiert und neue  
429 öffentliche Wohnungsbaugesellschaften gegründet. Dies ist eine erfreuliche Entwicklung, die aber  
430 bei weitem nicht ausreicht: Die rekommunalisierten Unternehmen müssen auch demokratisiert und  
431 nach sozialen und ökologischen Prinzipien ausgerichtet werden.

#### 432 ***Ökonomisierung im Gesundheitswesen zurückdrängen***

433 Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens vor allem in Form der Fallpauschalen und der  
434 Privatisierung von Kliniken muss zurückgedrängt werden. Art und Umfang medizinischer  
435 Behandlung muss sich in erster Linie am Bedarf orientieren und nicht an den Kosten. Notwendige  
436 Kosten der Gesundheitsversorgung müssen öffentlich finanziert werden. Mit der  
437 Gesundheitsversorgung dürfen keine Profite erzielt werden, Privatisierte Krankenhäuser müssen  
438 wieder von der öffentlichen Hand übernommen und demokratisiert werden.

#### 439 ***Gute öffentliche Bildung ausbauen und digitale Teilhabe gewährleisten***

440 Wer Zugang zu guter Bildung auch in Form von digitaler Grundversorgung und Aus- und  
441 Weiterbildung hat, verbessert damit seine Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe. Deshalb  
442 soll Bildung im Wesentlichen öffentlich organisiert werden und allen unabhängig von ihren  
443 ökonomischen Ressourcen zur Verfügung stehen.

444 **Die Deutschen Bahn demokratisieren, nicht privatisieren**

445 Eine soziale und klimagerechte Verkehrswende wird nur gelingen, wenn der schienengebundene  
446 Fern- und Nahverkehr gut ausgebaut, günstig und barrierefrei zu benutzen ist. Dies kann eine  
447 privatisierte Bahn, die in erster Linie die Profitinteressen ihrer Eigentümer\*innen befriedigen muss,  
448 nicht leisten. Ebenso wenig eine Bahn, in der Passagier\*innen keinen Einfluss haben. Die Deutsche  
449 Bahn AG soll deshalb in eine Anstalt des öffentlichen Rechts überführt werden. Fahrgast-, Umwelt-  
450 und Sozialverbände sollen ebenso wie die Beschäftigten gleichberechtigt an den strategischen  
451 Entscheidungen beteiligt werden.

452 **Investitionsschutzabkommen und Handelsabkommen, die Vergesellschaftung**  
453 **verhindern oder Marktöffnungen erzwingen, abschaffen**

454 Viele Handelsabkommen enthalten Regelungen, um Marktöffnungen und Privatisierungen zu  
455 erzwingen. Sie müssen aufgekündigt werden. Ein wesentlicher Bestandteil vieler  
456 Investitionsschutzabkommen ist es, die Vergesellschaftung von Unternehmen oder  
457 Infrastruktureinrichtungen zu verhindern. Damit untergraben sie das demokratische Recht von  
458 lokalen Gemeinschaften und Staaten, selbst über die Form zu bestimmen, in der überlebenswichtige  
459 Dienstleistungen wie Energie- und Wasserversorgung oder das Gesundheitswesen organisiert  
460 werden. Attac setzt sich für die Abschaffung solcher Investitionsschutzabkommen ein.

461 **Leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst**

462 Der öffentliche Dienst muss personell und finanziell gut ausgestattet sein. Die Beschäftigten  
463 brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung, um qualitativ hochwertige  
464 Dienstleistungen erbringen zu können.

465 **4. Krieg und Militarisierung**

466 Nicht nur wirtschaftliche Krisen und Abhängigkeiten verschärfen sich, auch die Anzahl bewaffneter  
467 Konflikte erreicht neue Höchststände und die Intensität von gewaltsamen Auseinandersetzungen  
468 nimmt zu. Staaten ringen um die Ausweitung ihrer Einflusszonen und die Sicherung von  
469 Lieferketten und Rohstoffquellen. Das Militär wird aufgerüstet. Nationalismus, Hass und  
470 Fundamentalismus nehmen weltweit zu.

471 **4.1. Was ist das Problem?**

472 Kriege machen Zerstörung, Gewalt und Tod zum Alltag. Sie führen zu unzähligen Toten und  
473 Verletzten an den Fronten. Sie richtet sich gegen ganze Bevölkerungen mit zahlreichen zivilen  
474 Opfern und verheerenden psychischen Folgen. Im Krieg nimmt sexuelle Gewalt zu und  
475 Vergewaltigung wird zur Waffe. Traditionelle Rollenmuster gewinnen an Bedeutung, die Rechte  
476 von FLINTA\*s werden eingeschränkt und Abweichungen sanktioniert. Menschen müssen fliehen  
477 und werden ausgegrenzt. Die Gewalt und das Unrecht von Krieg finden meist wenig  
478 Aufmerksamkeit und erscheinen weit weg. Ist Krieg präsent, wird er normalisiert. Die lange  
479 Fortdauer über Jahre, die Entmenschlichung und das Ausmaß der Verbrechen gerät aus dem  
480 Blick. Der russische Angriff auf die Ukraine hat den Krieg bis in die unmittelbare Nähe  
481 Deutschlands rücken lassen.

482 Innerstaatliche Konflikte haben massiv zugenommen – oft als Spätfolge der Kolonialisierung. Viele  
483 Soldaten sind zwangsverpflichtet und unterliegen in armgemachten Ländern des Globalen Südens  
484 häufig auch ökonomischen Zwängen. Großmächte, militärische Bündnisse und internationale  
485 Organisationen intervenieren in Bürgerkriege über fünfmal häufiger als noch vor 20 Jahren. Die  
486 weiter andauernden Kriege in Jemen oder Syrien zeigen, wie Großmächte Konflikte zu

487 Menschheitsverbrechen unglaublichen Ausmaßes eskaliert haben, statt dezentrale und  
488 selbstbestimmte Lösungen vor Ort zu ermöglichen. Die gegenwärtige militärische Globalisierung  
489 wird vorangetrieben durch die zunehmenden Exporte der Rüstungsindustrie in die ganze Welt. Sie  
490 wird nicht nur in Kriegen deutlich, sondern ebenfalls in der militarisierten Abwehr Geflüchteter und  
491 im Ausbau gewaltsamer Repression innerhalb von Staaten.

492 War die neoliberale Ära nach dem Mauerfall durch die Vormachtstellung der USA und ihre Kriege  
493 dominiert, globalisiert sich jetzt der Anspruch auf Vorherrschaft. Die Liste der um neuen Einfluss  
494 ringenden Nationen ist lang. Die USA versucht ihren Weltmachtstatus mit allen wirtschaftlichen  
495 und militärischen Mitteln aufrechtzuerhalten und die Konkurrenz mit China um Einflussphären  
496 und die globale Führungsrolle droht in eine direkte Konfrontation umzuschlagen. Die Konflikte  
497 führen in eine globale Gefahrenlage lange nicht dagewesener Dringlichkeit: Die Aufrüstung  
498 verschärft sich erneut drastisch, nachdem sie bereits seit der Jahrtausendwende andauert. Ein  
499 Atomkrieg erscheint so realistisch, wie lange nicht mehr.

500 Die Macht der militärischen Globalisierung zeigt sich beim Klimaschutz: Als einziger Sektor ist das  
501 Militär aus den Klimaabkommen ausgeklammert, im Paris-Abkommen nicht einmal erwähnt. Dabei  
502 sind die Emissionen von Kriegsschiffen oder Kriegsflugzeugen gewaltig und U.S. Army,  
503 Bundeswehr und Co. jeweils die staatlichen Institutionen mit dem größten CO<sup>2</sup>-Ausstoß. Militär  
504 geht einher mit einer enormen Klima- und Umweltzerstörung, ob in Kriegszeiten, in Manövern oder  
505 zur Aufrechterhaltung der Militärlogistik. Ein Rückbau des Militärs und ein Ende der Kriege sind  
506 zur Lösung der Klimakrise nötig.

## 507 **4.2. Was will Attac?**

508 Attac setzt sich ein für eine demokratische, multilaterale Weltordnung und zivile Konfliktlösung.  
509 Wir wollen nicht nur die Finanzmärkte entwaffnen, sondern auch die Kriegstreiber und  
510 Rüstungskonzerne. Die Globalisierung von Profit- und Machtinteressen wird auch mit  
511 Waffengewalt auf Kosten der Menschen und der Umwelt ausgetragen. Doch eine Welt ohne Krieg  
512 ist möglich!

513 Die Ressourcen, die für das Militär aufgewendet werden, sollten genutzt werden, um ein gutes  
514 Leben für Alle zu verwirklichen. Statt Rüstung brauchen wir globale Gerechtigkeit, Gesundheit  
515 ohne Profite, die Bekämpfung der Klimakrise und vielfältige Kunst und Kultur.

## 516 **4.3. Wie erreichen wir das?**

### 517 ***Zivile Konfliktlösung***

518 Internationale Organisationen für gemeinsame Sicherheit müssen ausgebaut werden und präventiv  
519 Konflikte verhindern. UNO, OSZE und andere Akteur\*innen sollen gestärkt werden, um bei  
520 Konflikten frühzeitig auf diplomatischem Weg Lösungen zu finden. Dies steht dem deutschen  
521 Anspruch entgegen, eine militärische Führungsmacht zu werden. Als EU- und NATO-Mitglied ist  
522 Deutschland in vielen militärischen Konflikten weltweit involviert. Die Militarisierung der  
523 Außenpolitik muss beendet und stattdessen zivile Konfliktlösung unterstützt werden.

### 524 ***Globalisierung entmilitarisieren***

525 Kriege stützen die Globalisierung von Macht und Profiten. Die kapitalistische Wachstumslogik wird  
526 militärisch abgesichert und durchgesetzt. Durch unsere Globalisierungskritik stellen wir daher die  
527 Grundlage von Kriegen in Frage. In der Zunahme an Konflikten erleben wir auch die Folgen der  
528 neoliberalen Neuordnung der Welt. Der Mangel an Internationaler Zusammenarbeit und die

529 ökonomische und politische Destabilisierung vieler Regionen tragen zu Konflikten, Krieg und  
530 Terrorismus bei.

531 Wir sind solidarisch mit den Bewegungen, die gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisierung auf die  
532 Straße gehen und sich für eine gerechte Gesellschaft einsetzen – ob in der EU, den USA oder in  
533 Russland, ob im Iran, in Syrien, in Myanmar, Äthiopien, Afghanistan oder in Mexiko. Unser Protest  
534 gegen die militärische Globalisierung ist global-solidarisch – nationaldenkende Versuche der  
535 Vereinnahmung lehnen wir ab. Die Beteiligung an Kriegen und militärischer Gewalt legen wir offen  
536 und üben Druck aus auf die Beteiligten. Das Recht auf Selbstverteidigung erkennen wir dabei an.

### 537 **Globale Abrüstung**

538 In den sich zuspitzenden globalen Konflikten treten wir für Demilitarisierung und Abrüstung ein.  
539 Die Aufrüstungsspiralen müssen durchbrochen werden, in Deutschland und weltweit. Verträge zur  
540 Rüstungskontrolle müssen ausgebaut werden, insbesondere unterstützen wir den  
541 Atomwaffenverbotsvertrag. Als großer Rüstungsexporteur ist Deutschland unter anderem an den  
542 Angriffen der Türkei auf die kurdischen Gebiete und den Angriffen Saudi-Arabiens im Jemen  
543 beteiligt. Stattdessen braucht es eine Konversion der Rüstungsindustrie hin zu ziviler Produktion.  
544 Die Aufrüstung Deutschlands wird unter dem Vorwand des Ukraine-Kriegs massiv vorangetrieben.  
545 Dieser Militarisierung stellen wir uns entgegen.

## 546 **5. Soziale Sicherheit für alle**

547 Soziale Sicherheit ist ein globales soziales Recht. Der Zugang zu sozialen Sicherungssystemen  
548 und zu sozialer Infrastruktur für alle und überall als Grundlagen für ein gutes Leben ist eine  
549 wesentliche Forderung von Attac. Attac setzt sich für eine gerechte Verteilung des  
550 gesellschaftlichen Reichtums ein und somit auch für eine grundlegende Reform der sozialen  
551 Sicherungssysteme.

### 552 **5.1. Was ist das Problem?**

553 Noch nie wurden so viele Güter und Dienstleistungen hergestellt wie heute. Es ist genug für  
554 alle da. Niemand müsste hungern, frieren oder von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen  
555 sein. Dass die einen viel haben und die anderen ums Überleben kämpfen, liegt allein an der  
556 ungerechten Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums, *die immer größer wird.*

557 Voraussetzung für ein gutes Leben für alle ist in erster Linie der Zugang zu einem  
558 ausreichenden Einkommen und zu sozialer Infrastruktur. Dabei spielen neben den Einkommen  
559 aus Erwerbsarbeit und Vermögen (z.B. eigener Betrieb, Vermietung ...) auch Einkommen aus  
560 den sozialen Sicherungssystemen eine bedeutende Rolle. Diese werden teils aus Steuern und  
561 teils aus Versicherungsbeiträgen finanziert. Ihre Finanzierung ist ebenso wie die Höhe der  
562 Leistungen und der Zugang dazu immer gesellschaftlich umkämpft, denn wenn bei der  
563 Aufteilung des gesamtgesellschaftlich produzierten Reichtums der Anteil für soziale  
564 Leistungen steigt, schmälert dies gleichzeitig den Anteil für Gewinne aus Vermögen.

565 Soziale Bewegungen haben im Laufe der Geschichte soziale Absicherungen erkämpft, die aber  
566 -insbesondere auch als Folge der zurückgehenden Macht von Gewerkschaften- von antisozialen  
567 Politiken- wieder zurückgedrängt und abgebaut wurden; so auch im Zuge der neoliberalen  
568 Globalisierung. Sozialleistungen werden mit der Begründung abgebaut, dass sich dadurch die  
569 Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der EU im internationalen Konkurrenzkampf um die  
570 Ansiedlung von Unternehmen verbessert und die Wettbewerbsposition der nationalen  
571 Unternehmen international gestärkt werden.

572 Die Absicherungen gerade in Ländern wie Deutschland sind im Kern an einem unterstellten  
573 Normalarbeitsverhältnis orientiert und deshalb meist nur dann auskömmlich, wenn eine lange,  
574 meist männliche Erwerbsbiographie mit hinreichend hohem Einkommen zugrunde liegt.  
575 Menschen ohne diese Biographie und ohne sonstiges Einkommen sind von Armut betroffen.  
576 Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus sind gänzlich von Zugang zum Sozialsystem  
577 ausgeschlossen. Sorgearbeit, wie Kinderbetreuung, -erziehung oder Kranken- und Altenpflege  
578 wird heute immer noch in erster Linie auf FLINTA\*s abgeschoben und schlecht oder gar nicht  
579 bezahlt.

## 580 **5.2. Was will Attac?**

581 Die sozialen Sicherungssysteme und die soziale Infrastruktur müssen insgesamt so organisiert  
582 sein, dass sie allen ein gutes Leben inklusive gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen. Es ist ein  
583 globales soziales Menschenrecht und unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft oder  
584 Staatsbürgerschaft. Attac will den solidarischen Ausgleich zwischen Menschen mit viel und  
585 wenig oder keinem Einkommen, sowohl national wie auch global. Dies bedeutet, dass alle  
586 Menschen, egal ob jung oder alt, krank oder gesund, hier geboren oder eingewandert, egal  
587 welchen Aufenthaltsstatus sie haben, das gleiche Recht auf soziale Sicherheit und  
588 Gesundheitsversorgung haben. Sorgearbeit soll als gesamtgesellschaftliche Aufgabe organisiert  
589 und entsprechend anerkannt und, wenn als Erwerbsarbeit geleistet, gut bezahlt werden.

## 590 **5.3. Wie erreichen wir es?**

591 Attac setzt sich für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ein, indem unter  
592 anderem Vermögen, Kapitaleinkommen und Erbschaften höher besteuert und Menschen, die  
593 über wenig Einkommen verfügen, entlastet werden. Dadurch würde auch mehr Geld für die  
594 sozialen Sicherungssysteme zur Verfügung stehen. Im Bereich der sozialen Sicherungssysteme  
595 schlägt Attac konkret vor:

### 596 ***Solidarische Bürgerversicherung***

597 Für eine gute Gesundheitsversorgung jenseits von Privatisierung und Gewinnstreben brauchen  
598 wir eine solidarische Bürgerversicherung, aus der alle Menschen gleichermaßen Leistungen  
599 nach ihren Bedarfen beziehen und die aus allen Einkommensarten finanziert wird - auch und  
600 gerade durch Unternehmensgewinne und durch höhere Abgaben von Gutverdienenden, zum  
601 Beispiel durch Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze.

602 Nationale Lösungen werden hier nicht ausreichen. Es braucht auch Regelungen auf  
603 europäischer Ebene und langfristig auf globaler Ebene. Kapitalgedeckte Versicherungssysteme  
604 lehnt Attac ab, bestehende sollen in die allgemeine Bürgerversicherung überführt werden.

### 605 ***Soziale Grundsicherung***

606 Wir setzen uns auch für eine soziale Grundsicherung ein, die allen hier lebenden Menschen  
607 unabhängig von ihrer Erwerbsbiographie, ihrem Familienstand und ihrer Nationalität zusteht  
608 und so hoch ist, dass sie eine gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet.

### 609 ***Radikale Arbeitsumverteilung***

610 Attac setzt sich für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ein. Nur eine radikale  
611 Erwerbsarbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich mindestens für untere und mittlere  
612 Einkommensgruppen kann den notwendigen Abbau klimaschädlicher Produktion ohne  
613 Massenarbeitslosigkeit auffangen und bildet die Voraussetzung für eine gerechte Verteilung auch  
614 der Haus- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern.



## 615 **Solidarische Städte**

616 Attac befürwortet Initiativen wie „Solidarische Städte“, die auf kommunaler Ebene die  
617 Lebensbedingungen für Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus verbessern, indem sie zum  
618 Beispiel kommunale Personalausweise oder anonyme Krankenscheine ausstellen und den  
619 kostenlosen Zugang zu sozialen Einrichtungen ermöglichen.

## 620 **6. Flucht/Migration**

621 Die Geschichte der Menschheit ist seit Anbeginn eine Geschichte der Migration. Migration ist ein  
622 völkerrechtlich geschütztes Menschenrecht, für das sich Attac einsetzt.

### 623 **6.1. Was ist das Problem?**

624 Die Lage ist dramatisch: Millionen von Menschen sind weltweit auf der Flucht. Gewaltsame  
625 Konflikte, wachsende globale Ungleichheiten, instabile politische Systeme, keine Perspektiven, die  
626 immer stärkeren Auswirkungen der Klimakrise – alles Faktoren, die das globale  
627 Migrationsgeschehen maßgeblich verändern und Betroffene vor große Herausforderungen stellen.  
628 Tausende Menschen harren in provisorischen Flüchtlingscamps wie auf Moria ohne Unterkunft,  
629 Nahrung, Trinkwasser und medizinische Versorgung aus. Frontex, die europäische  
630 Grenzschutzbehörde, ist – auch unter Beteiligung deutscher Polizist:innen – ein Hauptakteur bei  
631 unzählbaren Menschenrechtsverletzungen wie illegalen Pushbacks an der Außengrenze.  
632 Hunderttausende Menschen leben täglich in Angst vor der Abschiebung, obwohl sie seit Jahren hier  
633 wohnen und arbeiten. Länder, in denen regelmäßig Anschläge verübt werden, in denen Menschen  
634 politisch, aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Sexualität oder der Zugehörigkeit zu einer ethnischen  
635 Minderheit verfolgt werden und unter katastrophalen ökonomischen Bedingungen leiden, werden  
636 von deutschen Politiker:innen als sichere Herkunftsländer eingestuft. Das Thema Flucht wird von  
637 rechts instrumentalisiert und Grenzregime werden gegen den Widerstand der Zivilgesellschaft  
638 installiert. Die in der Unterstützung von Geflüchteten aktive Zivilgesellschaft wird zum Teil  
639 behindert und kriminalisiert, muss aber gleichzeitig mit ehrenamtlicher Arbeit staatliche Defizite  
640 ausgleichen.

641 Die Debatte über Flucht und Migration ist schon lange politisch und gesellschaftlich zentral, hat  
642 jedoch bisher oft an den eigentlichen Ursachen für Flucht und Migration vorbeigeführt. Es wird  
643 über Grenzsicherungen, Obergrenzen, Wirtschaftsflüchtlinge diskutiert, und darüber, dass  
644 sogenannte Fluchtursachen bekämpft werden müssten.

645 Doch die vielfach verwobenen Herrschaftsverhältnisse (u.a. durch Geschlecht, Klasse, Nord-Süd-  
646 Verhältnis, die Ungleichverteilung natürlicher Ressourcen wie z.B. Wasser) zeigen ihre Wirkung in  
647 jeglichen institutionellen Politiken wie der Handels-, Agrar-, Fischereipolitik, aber auch in  
648 Wertschöpfungsketten und dem Zugriff auf natürliche Ressourcen. Kapitalismus, Klimakrise und  
649 Migration sind eng miteinander verstrickt. Beispielsweise wird mit Kohleenergie Profit  
650 erwirtschaftet, aber die Kohleverbrennung führt zum Anheizen der Klimaerwärmung, die wiederum  
651 Dürren auslösen kann und dadurch Menschen aus ihrer Heimat vertreibt. Es gibt fließende  
652 Übergänge zwischen politischem Handeln, Ausbeutungsverhältnissen und Flucht und  
653 Zwangsbewegungen, beispielsweise, wenn autoritäre Staaten vom Westen durch Waffenexporte  
654 ausgerüstet werden und dadurch Menschen vertrieben werden.

655 Auch gibt es nicht die eine Fluchtursache, sondern es ist oft ein Problemgeflecht aus Armut, Folgen  
656 des Klimawandels, Krieg etc. Gleichzeitig wird im vorherrschenden Diskurs die imperiale  
657 Lebensweise der Industrieländer im Globalen Norden vielfach ausgeblendet, die auf der

658 Externalisierung ihrer sozialen und ökologischen Kosten beruht. Das zeigt sich deutlich in den  
659 Auswirkungen der Klimakrise, die maßgeblich von Ländern des Globalen Nordens vorangetrieben  
660 wird, deren Auswirkungen aber vor allem den Globalen Süden treffen. Lebensgrundlagen werden  
661 zerstört und zwingen zunehmend zur Klimaflucht. Auch europäische Handelspolitiken  
662 manifestieren oft das Fortwirken (post-)kolonialer Abhängigkeiten und verschärfen Elend und  
663 Armut weiter. FLINTA\*s sind dabei wie so oft besonders betroffen, werden aufgrund ihres  
664 Geschlechts verfolgt und sind auf der Flucht besonderen Gefahren ausgesetzt. Den  
665 Fachkräftemangel im Globalen Norden durch das Abwerben von migrantischen Fachkräften  
666 auszugleichen, ist ebensowenig nachhaltig, sondern lagert nur die Probleme in den Globalen Süden  
667 aus.

### 668 **6.1. Was will Attac?**

669 Eben diese Fluchtgründe sind aus einer anderen Perspektive zu betrachten. Statt sie auf die  
670 Herkunftsländer der Geflüchteten zurückzuführen, beispielsweise auf diktatorische Regime oder  
671 Korruption, müssen strukturelle globale Ungleichheitsverhältnisse in den Blick genommen und  
672 verändert werden. Denn die Fluchtursachen liegen nicht primär in den Herkunftsländern, sondern  
673 im Nord-Süd-Verhältnis, beginnend mit Kolonialismus und Imperialismus bis hin zu den heutigen  
674 (post)kolonialen Ungleichheitsverhältnissen des globalen Kapitalismus.

### 675 **6.3. Wie erreichen wir das?**

676 Es braucht einen Paradigmenwechsel: Statt Grenzregimen fordern wir globale Bewegungsfreiheit:  
677 Das Recht für alle Menschen frei zu entscheiden, wo sie leben möchten. Es gibt bereits einige  
678 Ansätze, die Alternativen zur nationalstaatlichen Abschottung bieten: Solidarische Städte, "Urban  
679 Citizenship" in Form eines kommunalen Personalausweises in Zürich, europäische Netzwerke der  
680 Solidarität in Barcelona oder "sichere Häfen" in Deutschland. Weitere Forderungen sind ein  
681 Waffenexportstopp, die Änderung des Asylrechts und die Anerkennung spezifischer Fluchtgründe  
682 wie die Verfolgung aufgrund der Geschlechtsidentität oder als Kriegsverweiger:in.

## 683 **7. Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen.**

684 Die Klima- und Biodiversitätskrise ist weit fortgeschritten. Unsere Lebensgrundlage zu schützen  
685 und zu erhalten ist national und global die Aufgabe mit höchster Dringlichkeit. Für  
686 menschengemachten Klimawandel und Naturzerstörung tragen die Länder im Globalen Norden die  
687 Hauptverantwortung. Sie stehen hier in der Schuld der Länder des Südens. Deshalb ist  
688 Klimagerechtigkeit ein zentrales Thema von Attac.

### 689 **7.1. Was ist das Problem?**

690 Die Entwicklung des Kapitalismus geht von Beginn einher mit der Zerstörung der Natur, der  
691 Übernutzung natürlicher Ressourcen, dem Artensterben und der Erderwärmung. Dies gilt für die  
692 westlichen Länder ebenso wie für die ehemaligen sogenannten realsozialistischen Länder. Die  
693 Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen hat diese Prozesse noch massiv beschleunigt und  
694 weltweit ausgedehnt. Bereits heute müssen Menschen ihre Heimat verlassen, weil sie nicht mehr  
695 bewohnbar ist. Ohne eine radikale Kehrtwende wird die Erde für uns Menschen unbewohnbar. Das  
696 auf permanentes Wachstum angewiesene kapitalistische Wirtschaftssystem ignoriert die planetaren  
697 Grenzen und ist auch aus diesem Grund nicht zukunftsfähig.

698 Marktprozesse sind blind gegenüber ihren sozialen und ökologischen Folgen. Eine „Einpreisung“  
699 von Naturzerstörung und Klimakosten beispielsweise über den Emissionshandel kann dies nicht  
700 grundlegend verändern. Klimaschutz darf nicht dem freien Spiel der Märkte überlassen bleiben und

701 kann nicht in sie integriert werden. Der Schutz der natürlicher Ressourcen braucht verbindliche  
702 Regeln, die in demokratischen Prozessen ausgehandelt werden müssen mit dem Ziel, die private  
703 Verfügungsgewalt darüber abzuschaffen.

## 704 **7.2. Was will Attac?**

705 Attac setzt sich ein für eine Politik der sozial-ökologischen Transformation (SÖT). Dabei ist  
706 Klimagerechtigkeit ein wichtiger Baustein. Denn Menschen mit geringem Einkommen vor allem in  
707 den Ländern des Globalen Südens tragen am wenigsten zur Naturzerstörung und der drohenden  
708 Klimakatastrophe bei. Dennoch leiden sie am meisten unter den Folgen.

709 Unsere imperiale Lebensweise muss sich ändern. Unser Wirtschaftssystem und Konsummodell darf  
710 nicht weiter auf Wachstum angewiesen sein, sondern ist in Richtung Kreislaufwirtschaft  
711 umzubauen. Konzepte industrialisierter Landwirtschaft sind im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit  
712 und dem Problem, die mit der Externalisierung einhergehen, zu hinterfragen.

713 Statt Profitmaximierung müssen Bedarfsorientierung und ökologische Nachhaltigkeit im Zentrum  
714 der Wirtschaft stehen.

## 715 **7.3. Wie erreichen wir das?**

### 716 ***Ökologische Regulierung der Märkte***

717 Märkte müssen nach ökologischen Gesichtspunkten reguliert werden. Die Vergabe von öffentlichen  
718 Aufträgen muss sich ebenso an ökologischen Vorgaben orientieren wie das Handeln des Staates  
719 insgesamt.

### 720 ***Anders wirtschaften und konsumieren***

721 Um Klimagerechtigkeit zu erreichen, muss der Konsum vor allem von Reichen und Wohlhabenden  
722 reduziert werden, um allen ein gutes Leben zu ermöglichen. Menschen, die heute nicht genug für  
723 ein gutes Leben haben, muss dies zur Verfügung gestellt werden.

724 Eine Änderung des Konsumverhaltens wird nicht über Appelle funktionieren. Dazu muss die  
725 Produktion der für ein gutes Leben notwendigen Güter und Dienstleistungen nach grundsätzlich  
726 anderen Kriterien organisiert werden. Es muss demokratisch entschieden werden, was wofür  
727 produziert werden soll.

728 Güter dürfen nicht auf Verschleiß konstruiert werden, sondern müssen möglichst lange haltbar und  
729 vor allem reparierbar sein.

730 Die Herstellung unnützer Produkte wie etwa Rüstungsgüter muss reduziert werden. In der  
731 Nahrungsmittelproduktion ist eine enkelgerechte, ökologische Landwirtschaft ohne weitere  
732 Vergiftung der Böden mit Pestiziden zu stärken.

### 733 ***Energieverbrauch senken. Energieverteilung demokratisieren.***

734 Der Energieverbrauch muss grundsätzlich gesenkt und die Energieerzeugung zu 100 Prozent  
735 erneuerbar sein. Zudem darf die Energiewende im Globalen Norden nicht auf Kosten der Menschen  
736 im Globalen Südens gehen. Diese Externalisierung mit all ihren negativen Folgen muss gestoppt  
737 werden.

738 Eine „grüne Wirtschaft“, die zentral auf technische Lösungen setzt anstatt Konkurrenz, Profit und  
739 Wachstumszwang grundsätzlich in Frage zu stellen, wird nicht nachhaltig sein. Energie darf keine  
740 Ware sein. Der Grundbedarf an Energie muss für alle leistbar zur Verfügung gestellt werden. Die  
741 Energieversorgung muss in gesellschaftlicher Hand dezentral und demokratisch organisiert werden.

## 742 **Klimafreundliche Mobilität für alle**

743 Eine klimafreundliche Mobilität bedeutet nicht in jedem Fall Verzicht, sondern wird in der Folge an  
744 vielen Stellen unsere Lebensqualität sogar steigern.

745 Einschränkungen sind aber unumgänglich, denn unsere Mobilität ist einer der größten Treiber der  
746 Klimaerwärmung. Der Flugverkehr muss z.B. deutlich reduziert werden, indem hierzulande etwa  
747 Flüge, zu denen es eine akzeptable Alternative mit der Bahn gibt, untersagt werden.

748 Der Zugang zu Mobilität ist zudem ungerecht verteilt. Wir brauchen eine sozial gerechte und  
749 naturschonende Mobilität, die auf Fuß-, Rad- und barrierefreie öffentliche Verkehre setzt statt auf  
750 Autos und für alle bezahlbar ist.

## 751 **8. Demokratie**

752 Der Begriff Demokratie beinhaltet Ideale wie Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, Souveränität und  
753 Grundrechte, ist damit aber in seiner Komplexität nur ansatzweise erfasst. Wie die utopischen  
754 Versprechen einer per Definition geltenden „Volksherrschaft“, in der es Mitbestimmung, Gleichheit  
755 und Transparenz gibt, in Gesellschaftsstrukturen direkt und umfassend realisiert werden können,  
756 bleibt Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Dieser Auseinandersetzung muss sich jede  
757 Gesellschaft laufend stellen. Um dies zu können, bedarf es einer umfassenden politischen Bildung.  
758 Politische Bildung ist deshalb ein zentrale Anliegen von Attac.

### 759 **8.1. Was ist das Problem?**

760 Echte Demokratie sollte mehr sein als eine reine Herrschaftslegitimation alle paar Jahre in einem  
761 parlamentarischen System, wo Handlungszwänge, wie durch Vorgaben eines „ausgewogenen  
762 Wirtschaftswachstums“ in einer „wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft“ (Artikel 2 Absatz 3  
763 EU-Vertrag), mit demokratischen Idealen kollidieren. Darüber hinaus gibt es Länder, in denen nicht  
764 einmal Mindeststandards einer Demokratie umgesetzt sind.

765 Wenn Wirtschaftsunternehmen, zu denen auch Medienunternehmen zu zählen sind, oder reiche  
766 Menschen durch ihr Eigentum an Produktionsmitteln bzw. ihr ökonomisches Kapital einen  
767 unverhältnismäßig großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben, insbesondere gegenüber  
768 Entscheidungsträgern in Parteien und Parlamenten, kann das nicht im Sinne von Demokratie sein.  
769 Vielmehr müssen Systeme als halbierte oder defizitäre Demokratien bezeichnet werden, wenn  
770 wesentliche Bereiche, wie der Unternehmensbereich, nicht durchgehend demokratisch verfasst sind.

771 Wenn Freihandelsverträge unter dem Regime der WTO über ihre Liberalisierungs- und  
772 Regulierungsverpflichtungen im Sinne großer Konzerne in Staaten hineinregieren, oder noch  
773 schlimmer, die EU-Handelsverträge der neuen Generation (CETA & Co) es erlauben, den  
774 Parlamenten übergeordnete Entscheidungsebenen einzuführen, stehen Werte wie Demokratie nur  
775 auf dem Papier.

776 Wachsender Autoritarismus, Rechtspopulismus, Überwachung, rechtsextreme Netzwerke,  
777 Meinungsmanipulation in Sozialen und etablierten Medien sowie die Ausbreitung "alternativer  
778 Fakten" (Lügen), weil Einigkeit über Realität bröckelt, sind Alarmzeichen dafür, dass  
779 demokratische Strukturen nicht nur nicht vollständig realisiert sind, sondern, sofern vorhanden,  
780 gezielt zum Abschuss freigegeben werden sollen. In die Bresche springen Politiker:innen der  
781 extremen Rechten, die sich als die 'wahre Stimme des Volkes' inszenieren, aber zugleich  
782 demokratische Verfahren und rechtsstaatliche Institutionen verächtlich machen und missbrauchen.  
783 Klar ist, dass eine Demokratie wehrhaft gegenüber Rechtsextremismus sein und verteidigt werden  
784 muss. Daneben gibt es viele Länder, in denen es keine allgemeinen, freien und gleiche Wahlen gibt

785 und politische Opposition nicht zugelassen wird. Hier fehlen wesentliche Voraussetzungen für eine  
786 Demokratie.

787 Gelebte Demokratie kann nie idealtypisch umgesetzt werden und erfordert permanente  
788 Anstrengung. Diese Anstrengung lohnt sich aber allemal, nicht nur um den Abbau von Demokratie  
789 zu verhindern und sie vor der extremen Rechten zu schützen! Grundrechte und die globalen  
790 Menschenrechte müssen als integraler Bestandteil von Demokratie verteidigt werden und für  
791 Länder, in denen sie fehlen, gefordert werden. Demokratie ist ein ständiger Prozess, und der Wille,  
792 sie mitgestalten, die Aufgabe von uns allen! Gleichzeitig ist klar, dass nicht alle den gleichen  
793 Zugang zu demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten haben. Dabei stellt sich die Frage, wer  
794 tatsächlich mitentscheiden darf, welche Rolle dabei der Pass, Eigentumsfragen und Bildung  
795 spielen.

## 796 **8.2. Was will Attac?**

797 Eine umfassende Transparenz auf allen Ebenen von Entscheidungsprozessen, die uns alle betreffen,  
798 ist elementar. Dazu bedarf es mehr direkte Demokratie und demokratischer

799 Gestaltungsmöglichkeiten auf allen Ebenen, wobei Hemmschwellen für die Beteiligung abgebaut  
800 werden müssen. Eigentumsfrage und Demokratisierung hängen zusammen, deshalb ist eine  
801 Ausdehnung demokratischer Prinzipien auch auf Wirtschaftsprozesse unabdingbar. Darum müssen  
802 insbesondere demokratische Wege zur Vergesellschaftung geschaffen werden.

803 Auch wenn unsere aktuelle Demokratie klare Defizite hat, sollten wir sie nicht geringschätzen.  
804 Unsere Solidarität mit allen Demokratiebewegungen weltweit ist ungebrochen. Denn unser Ziel  
805 muss es sein, die Demokratie zu verteidigen und auszuweiten!

## 806 **8.3. Wie erreichen wir das?**

807 Instrumente wie Bürger:innen-Entscheide weiten die Demokratie aus, da sie politische Prozesse für  
808 alle sichtbar machen und gemeinsame politische Entscheidungen in Praxis überführen können.

809 Krisen wie die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, geopolitische Konkurrenz oder die  
810 Klimakrise haben gezeigt, dass die neoliberale Verfasstheit der EU an ihre Grenzen gestoßen ist:  
811 Die Maßnahmen zur Krisenbewältigung stellen Paradigmenwechsel dar, die für soziale  
812 Bewegungen ein Einfallstor sein können, um strukturelle Änderungen voranzutreiben und  
813 glaubwürdig die Demokratisierung der EU und ihre Abkehr von neoliberalen Prinzipien zu fordern.

814 Soziale Bewegungen wie die „Deutsche Wohnen & Co Enteignen“- Kampagne zeigen mit  
815 Elementen von direkter Demokratie, wie erfolgreich die Idee der Vergesellschaftung in die breite  
816 Gesellschaft getragen werden kann, wenn Menschen sich organisieren. Der Schwerpunkt von  
817 Kampagnen müssen die unmittelbaren Bedürfnisse der Menschen sein, denn Privatisierungen im  
818 Bereich Wohnen, Gesundheitswesen, Energieversorgung etc. sind nicht im Interesse der breiten  
819 Bevölkerung! Die Debatte um Vergesellschaftung und Rekommunalisierung sollte genutzt werden,  
820 um Modelle für demokratische öffentliche Unternehmen voranzutreiben.

821 Demokratisierung muss mit der Eigentumsfrage zusammen gedacht werden. Wir brauchen neue  
822 Konzepte der Vergesellschaftung!

## 823 **9. Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus**

824 Die verschiedenen geschlechtlichen Identitäten der Menschen, werden durch die traditionelle binäre  
825 Geschlechterordnung (Männer/Frauen) nicht erfasst. Unser Blickpunkt richtet sich auf alle

826 Menschen, die in unserer männerdominierten, patriarchalen Gesellschaft wegen ihres  
827 Geschlechts Gewalt, Diskriminierung und Unterdrückung erfahren – also auf alle FLINTA\*s. Eine  
828 andere Welt verlangt auf allen Ebenen nach Gerechtigkeit. Geschlechtergerechtigkeit ist deshalb bei  
829 Attac ein wichtiges Thema.

### 830 **9.1. Was ist das Problem?**

831 Ein grundlegendes Element unserer kapitalistischen Gesellschaft sind patriarchale,  
832 geschlechtshierarchische Strukturen, also die Vormachtstellung von Männern. Diese hat unter  
833 anderem zur Folge, dass weiblich gelesenen Menschen die Zuständigkeit für die Sorgearbeit, für die  
834 unbezahlte Arbeit im Haushalt und für die meist schlecht entlohnte, wenig angesehene  
835 professionelle Care-Arbeit als angeblich naturbestimmt zugeschrieben wird. Diese  
836 gesellschaftlichen Strukturen haben auch Folgen für Entlohnung und Arbeitsbedingungen in  
837 anderen Berufen. Frauen verdienen oft deutlich weniger als Männer, und arbeiten häufiger in  
838 untergeordneten Positionen.

839 Da FLINTA\*s bereits wegen ihres Geschlechts gesellschaftliche Nachteile bis hin zu sexueller  
840 Belästigung und Gewalt erfahren, sind sie oft einer mehrfachen Diskriminierung ausgesetzt, etwa  
841 aufgrund von Rassismus, ihrer sozialen Stellung, wegen einer Behinderung oder des Alters.

842 Weltweit sind FLINTA\*s von den negativen Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung  
843 besonders betroffen, etwa durch die Klimakrise, in Kriegen, durch Ausbeutung in internationalen  
844 Lieferketten ...). Ihre Erfahrungen und Handlungsperspektiven werden im politischen Prozess  
845 jedoch oft nicht gehört.

846 Die weltweiten feministischen Kämpfe gegen patriarchale Strukturen sind unverzichtbarer Teil  
847 unserer Bewegung. Die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA\*s wird immer  
848 wieder infrage gestellt, etwa durch körperliche Gewalt bis hin zu Femiziden, also der Tötung einer  
849 FLINTA\*-Person, als heftigste Form patriarchaler Machtdemonstration. Ebenso ist sexuelle  
850 Belästigung eine Form von Gewalt, bei der es auch um die Demonstration von Macht geht.

851 Die Verweigerung des Rechts auf die selbstbestimmte Entscheidung für ein Kind oder einen  
852 Schwangerschaftsabbruch ist eine weitere Machtdemonstration: Männer beanspruchen, über die  
853 Körper von Frauen zu bestimmen. Dabei wird – insbesondere in rechten Kreisen – oft das Ziel  
854 verfolgt, eine reaktionäre Bevölkerungspolitik durchzusetzen.“

### 855 **9.2. Was will Attac?**

856 FLINTA\*s sollten körperlich und sexuell gleichberechtigt und selbstbestimmt leben können. Wir  
857 streiten für eine Welt, in der „Geschlecht“ keine relevante Kategorie für Lebenschancen, soziale und  
858 finanzielle Sicherheit, gesellschaftliche Rollen und Normen ist. Für ein Miteinander, in dem alle  
859 Geschlechter gleichberechtigt an den politischen und ökonomischen Entscheidungsprozessen  
860 teilnehmen und Verantwortung für Sorgearbeit sowie reproduktive Arbeit tragen – weltweit!

861 Wir streben eine Gesellschaft an, die nicht auf Profitsteigerung und Wachstum beruht, und in der  
862 keine Person, kein Geschlecht mehr diskriminiert oder unterdrückt wird, um Profite zu steigern und  
863 Herrschaft abzusichern.

### 864 **9.3. Wie erreichen wir das?**

865 Der Kampf für die Rechte der FLINTA\* schließt immer auch einen Kampf gegen kapitalistische  
866 Strukturen mit ein. Der Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft geht über eine grundlegende  
867 sozial-ökologische Transformation.

868 Überproportionale Lohnerhöhungen in typischen Frauenberufen, Quotierung und eine an Interessen  
869 von FLINTA\*s orientierte Sozialpolitik sind jedoch Möglichkeiten, kurzfristig materielle  
870 Verbesserungen bzw. mehr individuelle Lebenschancen für FLINTA\* zu erreichen. Die  
871 Arbeitsbelastung, insbesondere im Care-Bereich, muss sinken, z.B. durch geringere Gruppengrößen  
872 und das Recht auf zusätzliche freie Tage als Ausgleich für Arbeitstage mit erhöhter Belastung.

873 Es gibt verschiedene internationale Konventionen und Gesetzesvorschläge auf nationaler Ebene, um  
874 sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA\*s durchzusetzen. Attac engagiert sich z.B. für die  
875 Umsetzung der „Istanbul-Konvention“, einem Abkommen des Europarats zur Verhütung und  
876 Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, auch von häuslicher Gewalt. Zentral für uns ist auch die  
877 Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch sowie ein neues Selbstbestimmungsgesetz, das das  
878 diskriminierende „Transsexuellengesetz“ ablöst.

879 Die Sorgearbeit und die Erwerbsarbeit außerhalb des Sozial- und Gesundheitsbereichs muss  
880 gleichberechtigt auf alle Geschlechter aufgeteilt werden. Diese Forderung bedingt eine radikale  
881 Arbeitszeitverkürzung – jede Person sollte Zeit für Care-Arbeit haben.

882 Patriarchale Strukturen beinhalten einen systematischen Charakter von geschlechtsbasierter  
883 Diskriminierung. Dies betrifft zum Beispiel auch Männer, die (etwa als Erzieher in einem  
884 Kindergarten) als weiblich definierte Rollen einnehmen und es betrifft Männer, die sich nicht  
885 trauen, über eigene Schwäche(n) zu reden und um Hilfe zu bitten. Es liegt also auch im Interesse  
886 von Männern, patriarchale Strukturen zu überwinden. Allerdings sind die Vorteile und Privilegien  
887 für viele Männer weiterhin so attraktiv, dass sie bereitwillig und aktiv für die Aufrechterhaltung des  
888 Patriarchats agieren. Dies machen sich gerade Rechtsradikale sehr zunutze. Es gibt jedoch auch  
889 immer mehr Männer, die solidarisch mit FLINTA\*s für Gleichberechtigung kämpfen.

890 In Attac achten wir darauf, dass Menschen nicht aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt werden  
891 (z.B. durch Quotierung und Awareness-Strukturen). Das FLINTA\*Plenum bietet die Möglichkeit  
892 zur eigenständigen Organisation. Wir denken Feminismus global und lernen unter anderem von den  
893 feministischen Streiks in Lateinamerika und in vielen Ländern Europas, mit denen durch eine  
894 befristete Niederlegung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit gegen Femizide, Gewalt und für  
895 eine Überwindung des kapitalistisch-patriarchalen Systems gekämpft wird.

896

## 897 **Epilog**

### 898 **Eine andere Welt ist nötig und möglich**

899 Wie könnte eine andere Welt in 20 Jahren aussehen? Die widerständige Praxis sozialer  
900 Bewegungen und breiter Schichten der Zivilgesellschaft haben in großen Teilen der Welt die  
901 gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten einer emanzipatorischen, sozialen und ökologischen  
902 Politik verschoben. Die weltweite Militarisierung ist gestoppt. Zivile Konfliktlösungen haben nun  
903 Vorrang vor kriegerischen Auseinandersetzungen.

904

905 Dies ist nicht in einem großen Wurf geschehen, sondern indem widerständige Akteure z.B. mit  
906 Streiks und Blockaden, intensiver Bündnisarbeit und breiter Unterstützung der Zivilgesellschaft  
907 beharrlich viele kleine und große Veränderungen an unterschiedlichen Orten durchgesetzt haben.  
908 Diese vielen Veränderungen haben insgesamt zu einer Transformation der Globalisierung geführt.

909 Es wurden Spielräume eröffnet, die es ermöglichen, staatliche und internationale Institutionen und  
910 Gesellschaften zu demokratisieren, die sozialen Rechte der Menschen deutlich zu stärken und  
911 Profitstreben und Wachstumszwang zurückzudrängen. Die Anhäufung unverschämter hoher  
912 Vermögen wird weltweit geächtet. Dieser Transformationsprozess hat es auch ermöglicht, die  
913 Finanzmärkte restriktiv zu regulieren. Die sozial-ökologische Transformation ist weit  
914 fortgeschritten und die globalen Verhältnisse haben sich so stark verändert, dass der Kolonialismus  
915 als überwunden gilt. Alle Menschen haben weltweit ein freies Bewegungs- und Aufenthaltsrecht.  
916 Das Patriarchat ist Schnee von gestern, das sexuelle Selbstbestimmungsrecht für alle Geschlechter  
917 verwirklicht.

918 Umfassende Steuer- und Sozialreformen zur Umverteilung von oben nach unten, zur sozialen  
919 Absicherung und gegen eine zerstörerische Klimapolitik sind durchgesetzt. Parallel wurde ein  
920 Demokratisierungsschub ausgelöst, der sich nicht nur auf die Gesellschaft, sondern auch auf die  
921 Wirtschaft erstreckt. Die Vergesellschaftung von Unternehmen, die uns mit lebenswichtigen Gütern  
922 und Dienstleistungen versorgen und die gesellschaftliche Grundbedürfnisse, wie Gesundheit,  
923 Bildung, Wohnen und Mobilität erfüllen, ist weitgehend abgeschlossen. Gewählte, regionale  
924 Wirtschaftsräte und die Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen haben jetzt erweiterte  
925 Mitbestimmungsrechte. Gemeinsam mit den Nutzer\*innen bestimmen sie darüber, welche Güter  
926 hergestellt, welche Dienstleistungen angeboten werden. Dadurch ist deren Auswahl nicht mehr in  
927 erster Linie am Profit, sondern am menschlichen Bedarf und Gemeinwohl orientiert und Wachstum  
928 ist nicht mehr oberstes Ziel des Wirtschaftens. Dies führt auch zur verringerten Herstellung  
929 schädlicher und unnützer Produkte.

930 Die globalen Handelsbeziehungen, die lange von postkolonialen Machtverhältnissen geprägt waren,  
931 wurden grundlegend verändert. Sie sind heute gerecht gestaltet, Schulden wurden erlassen. Dies  
932 ermöglicht eine selbstbestimmte Entwicklung der Länder des globalen Südens.

933 Die Rechte der Natur sind in Verfassungen geschützt und anerkannt. Indigene Gemeinschaften sind  
934 vielerorts Vorbild für all jene Gesellschaften, die bisher Natur nur als ausnutzbare Ressource sahen.

935 Güter werden inzwischen überwiegend in energieeffizienten und ressourcenschonenden, regionalen  
936 Wirtschaftskreisläufen und unter Anwendung von Recyclingverfahren produziert. Die  
937 Regionalisierung verringert den Transportbedarf, verkürzt die Wege zu Arbeit, Bildung und Freizeit  
938 und erleichtert die Schaffung einer nachhaltigen Mobilität.

939 Die vielen emanzipatorischen Projekte, ihre Praktiken, Organisationsformen und Forderungen  
940 finden heute ihren Ausdruck in vielfältigen, solidarischen Lebenszusammenhängen und prägen  
941 verstärkt auch das Zusammenleben in der gesellschaftlichen Mitte. Dem Nährboden rechtsradikaler  
942 und faschistischer Strömungen konnte dadurch weitgehend der Boden entzogen werden. Die  
943 Hierarchisierung von Menschen nach Klasse, Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft und Pass hat an  
944 Bedeutung verloren und verschwindet zusehends.

945 Gesellschaftliche Grundbedürfnisse, wie Gesundheit, Wohnen, Bildung und Mobilität wurden dem  
946 Markt und Profitstreben entzogen und gemeinwohlorientiert organisiert. Dadurch wird Arbeit völlig  
947 anders bewertet: Ihr gesellschaftlicher Wert steht jetzt im Vordergrund. Care-Arbeit hat so die  
948 Aufwertung erhalten, die sie in humanen Gesellschaften braucht.

949 Die weltweiten, aber regional durchaus unterschiedlichen Transformationsprozesse, haben die  
950 neoliberale Form der Globalisierung mit ihren katastrophalen sozialen und klimatischen  
951 Auswirkungen zurückgedrängt. Profiterzielung spielt immer weniger eine Rolle, ist aber längst  
952 nicht ganz überwunden. Viele der eingetretenen Klimafolgen sind irreversibel, eine weitere



953 Verschärfung der Situation konnte aber verhindert werden. Armut ist überwunden, und weitere  
954 Naturzerstörung gestoppt.

955 Nach wie vor gibt es in den einzelnen Gesellschaften, aber auch zwischen diesen unterschiedliche  
956 Interessen und Bedürfnisse. Allerdings werden die Interessen inzwischen in herrschaftsfreien  
957 demokratischen Prozessen ausgehandelt und nicht mehr machtpolitisch oder militärisch  
958 durchgesetzt.

959 Wir sehen: Der gemeinsame Kampf lohnt sich, denn eine andere Welt ist nötig und möglich!

960

961 \*FLINTA\* ist eine Abkürzung und steht für F rauen, L esben, i ntergeschlechtliche, n ichtbinäre, t rans und a gender  
962 Personen. Das angehängte Sternchen dient dabei als Platzhalter, um alle nicht-binären Geschlechtsidentitäten  
963 einzubeziehen.